

## **Effektiver Druck auf Steueroasen: Ein Zwischenbilanz der Attac-Kampagne gegen Steueroasen**

Der Liechtensteinskandal ließ die politischen Wogen über den Steueroasen höher schlagen als jemals zuvor seit der Gründung von Attac. Zuerst konzentrierte sich die öffentliche Debatte darauf, das Verhalten von Zumwinkel und anderen der Elite zu moralisieren. Politiker aller Parteien, die Industrieverbände, Intellektuelle und viele weitere kritisierten Zumwinkel und andere Steuerhinterzieher mit derben Formulierungen. Die öffentliche Empörung war so laut, weil sie der ohnehin bestehenden öffentlichen Wut über die immer ungleichere Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der BezieherInnen hoher Einkommen passte. Jetzt wurde öffentlich demonstriert, dass viele der Gutverdienenden noch nicht einmal bereit waren, die Steuern auf ihre ohnehin steigenden Einkommen zu bezahlen. Die Tatsache, dass Steueroasen und Steuerhinterziehung existierten war zuvor bekannt, aber Zumwinkel gab ihnen ein Gesicht. Im späteren Verlauf verschob sich der Inhalt der Debatte auf Steueroasen und insbesondere auf Liechtenstein. Die neoliberalen Stimmen waren für einige Tage vollkommen paralysiert. Durch die Medien wurde großer Druck gegenüber den PolitikerInnen aufgebaut, Maßnahmen zu ergreifen.

Zu Beginn konzentrierten sich die Forderungen auf höhere Strafen für Steuerhinterzieher. Diese Form der Debatte wird häufig von konservativen Kräften verwendet, um von Systemfragen abzulenken. Wir haben massiv versucht den Diskurs auf die Strukturen der Steuerhinterziehung und Steuerkriminalität zu lenken. Insbesondere als der Ministerpräsident von Liechtenstein im Kanzleramt empfangen wurde, verlagerte die Debatte sich auf die Frage der Schließungsmöglichkeiten der Steueroasen.

### **Die Argumente der Neoliberalen**

Unsere neoliberalen Gegner versuchten, mit drei Kernargumenten in die Debatte einzugreifen. Erstens sei das deutsche Steuersystem selber verantwortlich. Wenn Steuersätze niedriger wären und das System einfacher, würde das Kapital das Land nicht verlassen. Dieses Argument fand in der Presse großen Anklang, konnte die Debatte aber nicht gewinnen. Zum einen hatten „Einfachsteuersysteme“ als Vorschläge die Bundestagswahlen von 2007 beeinflusst. Spitzensteuersatzsenkungen sind in Zeiten zunehmender sozialer Ungerechtigkeit aber äußerst unpopulär und daher für die Regierung keine reale Option. Zum zweiten hat die Bundesregierung die Kapitaleinkommenssteuersätze auf 25% reduziert und gleich einige Steuerschlupflöcher bei Kapitaleinkommen geschlossen. Als Reaktion darauf haben Kapitalbesitzer große Investitionen in Steueroasen getätigt. Dies widerlegt die These der Neoliberalen, dass reiche Einzelpersonen freiwillig 25% Kapitaleinkommenssteuer bezahlen, wenn sie im Ausland gar nichts bezahlen müssen und ein striktes Bankgeheimnis ihren Betrug schützt.

Zweitens haben die Neoliberalen versucht, die Aufmerksamkeit auf die Vorgehensweise des BND, der Steuerfahndung und der Regierung zu lenken Sie behaupten darauf, dass der Staat keine Informationen kaufen dürfe, die auf illegale Weise beschafft wurden. Der Großteil der Bevölkerung allerdings befürwortet die Vorgehensweise. Nichtsdestotrotz bleiben rechtsstaatliche Zweifel bzgl. des BND bestehen.

Drittens bestehen viele Mitglieder der Elite darauf, dass nur ein Bruchteil von ihnen Steuerhinterziehung betreibt, während der weitaus größere Teil einen großen Teil zum öffentlichem Steueraufkommen beiträgt. Nichtsdestotrotz kann der Großteil der deutschen Bevölkerung dies nicht glauben, da das Vertrauen in die politischen und wirtschaftlichen Eliten seit dem zweiten Weltkrieg einen historischen Tiefpunkt erreicht hat. Die Behauptung der solidarischen Eliten wird auch angesichts einer Summe von mindestens 400 Mrd. €, die Deutsche in den Steueroasen deponiert haben, Lügen gestraft.

Trotz starker Bemühungen konnten diese neoliberalen Argumente die Diskussion nicht grundlegend verändern. Es gibt einen anhaltenden Druck auf die Regierung gegen Steueroasen vorzugehen. Das Thema wird nicht so einfach wieder von der Tagesordnung verschwinden, da die Recherchetätigkeiten gegen Steuerhinterzieher für mindestens ein oder zwei weitere Jahre anhalten werden, auch wenn der Berichterstattung in den Medien nicht mehr so viel Platz einnehmen wird.

Des Weiteren hat die Regierung das Thema auf die Agenda des EU-Rats-Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister am 4. März 2008 in Brüssel gesetzt. Dort wurde nun vereinbart schneller zur Verschärfung der EU-Zinsrichtlinie zu kommen und gegen die Verweigerung von Amtshilfe vorzugehen.

Darüber hinaus wurde das Thema während der Staatsbesuche des Regierungschefs Liechtensteins und monegasischen Prinzen Ende Februar 2008, behandelt. Leider war die Problematik während des Besuches (ebenfalls Ende Februar 2008) der Premierministerin von Irland - eines der Schlüsselländer bei der Verhinderung von Fortschritten bei EU- Steuerangelegenheiten - nicht von Bedeutung.

Zweifel über die Ernsthaftigkeit der Bemühungen der Regierung sind auch wegen den Forderungen, die von Seiten der Bundesregierung an Liechtenstein und Monaco gerichtet wurden, angebracht. Hauptsächlich verlangte Bundeskanzlerin Merkel, dass die Steueroasen einige internationale Abkommen unterzeichnen, wie den EU-Betrugsbekämpfungsabkommen und den OECD-Vorgaben zur internationalen Steuerkooperation auf Einzelersuchen zustimmen. Die Regierung aber verlangte weder einen automatischen Informationsaustausch noch Mindeststeuersätze. Außerdem gibt es verschiedene Ansichten darüber, ob Sanktionen eingesetzt werden sollen, um Steueroasen zur Kooperation zu bewegen. Finanzminister Steinbrück forderte im Verlauf der Steueroasendebatte mehrfach solche Sanktionen, auch ohne Zustimmung aller anderen EU-Länder.

### **Die Attac-Aktionen**

Attac, koordiniert durch ihre Arbeitsgruppe für Steuerflucht und Steuerpolitik, war die einzige Nichtregierungsorganisation, die während des gesamten Zeitraums aktiv war, in dem sich der Steuerskandal abgespielt hat. So waren es nicht weniger als 15 Fernsehsendungen, zu denen wir eingeladen wurden. Wir publizierten Stellungnahmen in den nationalen Medien und gaben Radiointerviews. Aus Anlass der offiziellen Besuche des liechtensteinischen Regierungschefs und des monegasischen Prinzen, organisierten wir zwei Aktionen direkt vor dem Kanzleramt. Diese erfuhren starke Unterstützung durch Berliner Attac-Aktive. Bilder dieser Aktion wurden in den deutschen Medien breit publiziert.

Am ersten März organisierten Attac Schweiz, Österreich, Deutschland und Frankreich eine kleine Demonstration in Liechtenstein, um gegen alle Steueroasen zu protestieren. Die Aktion fand weite Verbreitung in den Medien in Liechtenstein und Österreich. 12 europäische Attacs veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung zum Thema Steueroasen. Aber noch wichtiger: am 22. Februar gaben wir einen „Attac-Aktionsplan zur Schließung von Steueroasen“ heraus. In diesem Plan fordert Attac sowohl starke nationale als auch internationale Maßnahmen, mit dem Ziel, Steuerflüchtlinge ausfindig zu machen und Steueroasen durch Kooperation mit anderen Ländern zu schließen und dabei nicht auf die Zustimmung der Steueroasen bezüglich der Maßnahmen zu warten. Der Plan wurde in einer gemeinsamen Pressekonferenz der Attac-Mitglieder Björn Böhning, Sprecher des linken Flügels der SPD, und Heiner Geißler, ehemaliger CDU-Generalsekretär, präsentiert, die gemeinsam die Parteikonstellation der großen Koalition widerspiegeln. Im Internet starteten wir zwei Unterschriftenkampagnen ([www.campact.de](http://www.campact.de) / [www.attac.de](http://www.attac.de)) zur Unterstützung der Kernforderungen des Plans – über 9.000 Unterschriften wurden bisher gesammelt. Die GEW, der Reformierte Bund, die Entwicklungsorganisation „medico international“, die Jusos, die Linksfraktion im Bundestag und einige andere Organisationen unterstützten unseren Aktionsplan.

Der Plan wurde in den Medien häufig aufgegriffen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund verfasste einen eigenen Plan, der mit unseren Forderungen weitgehend identisch ist. Sven Giegold konnte die Forderungen im Rahmen der Fernsehdebatte Maybrit-Illner mit Peer Steinbrück erörtern. Ende April werden wir Steinbrück offiziell treffen, um den Plan und den Stand der Maßnahmen zu besprechen, die von der Regierung getroffen wurden um Steueroasen zu schließen.

### **Erste Schlussfolgerungen**

Progressive Kräfte gewannen die Diskussion um Maßnahmen gegen Steueroasen, vor allem wegen des medialen Drucks, der durch die Steuerhinterziehungsaffäre aufkam und durch die allgemeine politische Stimmung zugunsten sozialer Gerechtigkeit. Attac konnte – nicht zuletzt weil mit politischen und sozialen Kräften zusammengearbeitet wurde - in diesem Diskurs einen wichtigen Unterschied machen. Das erste Mal gelang es Attac Deutschland in einem einzelnen Politikfeld als Experten so breit gefragt zu sein. Wie hatten relevanten Einfluss auf den Verlauf des Diskurses in Medien und in Zivilgesellschaft. Trotz des Sieges im öffentlichen Diskurs, sollten wir nicht zu sehr auf politische Konsequenzen bauen, die möglicherweise nicht über symbolische Politik hinausgehen. Bis heute sind alle bilateralen Maßnahmen sowie die Aktionen seitens der EU und der OECD, gegen Steueroasen effektiv vorzugehen, gescheitert. Der Konflikt mit den Steueroasen braucht eine politischen Auseinandersetzung mit den mächtigen Interessen, die vom internationalen Steuerwettbewerb profitieren. Weiter bedarf es einer Auseinandersetzung mit denjenigen Ländern, die Steueroasen schützen oder deren Finanzsystem selbst den Eigenschaften einer Steueroase entspricht und dieses nicht aufgeben wollen. Ohne wirtschaftliche Sanktionen wird das kaum gehen.

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit ebenso wie Attac sollten erneut hinterfragen, ob der Kampf gegen Steueroasen tatsächlich als entwicklungspolitisches Problem gewonnen werden kann. Im Licht des deutschen Steuerskandals betrachtet, scheint das politische Potential des Themas viel größer, wenn es als Konflikt um soziale Gerechtigkeit und Finanzierung öffentlicher Güter, unterstützt durch demokratische- und durch Entwicklungsargumente, geführt wird.

Sven Giegold  
Attac Deutschland / Netzwerk Steuergerechtigkeit